

CDU lehnt Kreisfusion ab

Kreisparteitag verabschiedet Resolution – fast genug Unterschriften für Bürgerbegehren

HANN. MÜNDE. „Der Ausgleich von Lebensverhältnissen ist Sache des Landes Niedersachsen und nicht des Landkreises Göttingen.“ Mit diesen Worten lehnte der Ehrenvorsitzende des CDU-Kreisverbandes Göttingen, Dr. Harald Noack, die in der Debatte befindliche Fusion der Kreise Göttingen, Northeim und Osterode ab.

Der Beifall der Delegierten beim Kreisparteitag am Freitag im Hotel Freizeit Auefeld in Hann. Münden war ihm gewiss. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, mit der sie sich für den Erhalt des Landkreises Göttingen in seiner bestehenden Form aussprechen. Sie betrachten die Fusion als gescheitert und fordern Landrat Bernhard Reuter (SPD) auf, die Verhandlungen abzubrechen

und seine Aufmerksamkeit den Verhandlungen um die Finanzvereinbarungen mit der Stadt Göttingen und dem Wohl des Kreises zu widmen.



Harald Noack

Gleichzeitig kündigte die Union an, ihre Bemühungen zur Einleitung eines Bürgerbegehrens zur Verhinderung der Kreisfusion voranzutreiben. Weit über 10 000 Unterschriften hat sie dafür schon gesammelt, rund 20 000 sind erforderlich. Die Geschäftsstelle könne sich vor Zuschriften nicht mehr retten. CDU-Vorsitzender Fritz Güntzler: „Wir sind kurz davor, unser Ziel zu erreichen.“

Die CDU kämpft gegen ei-

nen Zusammenschluss der Kreise aus mehreren Gründen. Sie will nicht als Retter der im Vergleich zu Göttingen finanz- und wirtschaftsschwachen Nachbarkreise auftreten und hält nichts von einer „sozialistischen Teilung“. „Wir wollen Osterode und Northeim nicht aufpäppeln“, sagte Noack, der die CDU im Kreisrat auch als Fraktionsvorsitzender führt.

Kreis schafft es alleine

Der Landkreis Göttingen habe beachtliche Leistungen bei der Entwicklung des Mittelstandes zu verzeichnen, beim Bürokratieabbau und in der Infrastruktur. Der Landkreis werde die anstehenden Herausforderungen aus eigener Kraft meistern.

Im Falle einer Fusion gingen die höhere Ausgaben

durch Doppelbesetzungen von Stellen und einem höheren Logistik- und Koordinationsaufwand zwischen den drei Verwaltungsstandorten zu Lasten der Infrastruktur in den Städten und Gemeinden des Landkreises Göttingen, argumentiert die CDU. Die Kommunen würden versuchen, diese Fusionskosten an die Bürger weiterzugeben, beispielsweise durch die Erhöhung der Grundsteuern A und/oder B.

Ein neuer Großkreis wäre flächenmäßig größer als vier der deutschen Bundesländer und damit die mit Abstand größte Gebietskörperschaft Norddeutschlands. Mit knapp einer halben Million Einwohner kämen auf einen Kreistagsabgeordneten rund 7000 Bürger. Aktuell seien es 4087. (zhp)

Foto: Niesen

Ruf nach kleinerer Kreisumlage

Angesichts neuer Zahlen Kommunen entlasten

Der CDU-Kreisparteitag lehnte einstimmig nicht nur eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage ab, die die Kommunen an den Kreis zu entrichten haben, sondern forderte die Prüfung einer Senkung dieser Umlage. Die stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Marlies Dornieden sagte zur Begründung, der Griff in die Taschen der Stadt- und Gemeindekammereien sei weder nötig noch seien die Kommunen in der Lage, diese weitere finanzielle Last zu schultern.



Marlies Dornieden

Alein durch die gute wirtschaftliche Lage nehme der Landkreis nach den aktuellen und sich erwartungsgemäß noch verbessernden Zahlen im Jahr 2013 bereits zehn Million Euro mehr ein als im laufenden Jahr. Die Bundesregierung habe außerdem beschlossen, die Kommunen zu entlasten. So übernehme er schrittweise die Nettoausgaben für die Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Bundesanteil an diesen Kosten steige in den kommenden Jahren von ursprünglich 16 auf 100 Prozent. Für den Landkreis bedeute das Einsparungen gegenüber 2011 in Höhe von 4,1 Millionen Euro.

In Niedersachsen hätten sich die Kreisumlage-Hebesätze nach den Erhebungen der CDU im Mittelwert von 2011 auf 2012 schon von 51,2 Prozent auf 51 Prozent und im Bereich des ehemaligen Regierungsbezirks Braunschweig sogar von 53,6 auf 53,0 Prozent verringert. Eine Stabilisierung der Kreisumlage beziehungsweise Senkung wäre ein deutlich positives Signal an die Kommunen, ihre Sparmaßnahmen und Konsolidierungskurse nachhaltig zu unterstützen.

Positiv vermerkte die Partei, dass Landrat Bernhard Reuter (SPD) inzwischen signalisiert habe, von der Erhöhung der Umlage um zwei Punkte im kommenden Haushaltsjahr Abstand zu nehmen. Noack: „Er hat sich unserem Druck gebeugt.“ (zhp)

Foto: Niesen

DER PROMINENTE GAST



Michael Grosse-Brömer

Kein Verständnis zeigte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer (Brackel), für das Nein der SPD zu Plänen, Gebäudeeigentümer bei einer energetischen Sanierung ihrer Immobilien steuerlich zu entlasten. Gerade in diesem Bereich gebe es das größte Potenzial, Energie einzusparen, sagte er in einer launigen Rede vor dem Kreisparteitag der CDU in Hann. Münden.

Zum deutschen Haushalt merkte er an, dass die Regierung bereits 2013 die Schuldenbremse einsetze und nicht erst 2016 sowie 2014 eine strukturelle Null schreiben werde. Diese Entwick-

lung kommentierte er mit dem ironische Satz: „Rote und schwarze Zahlen sind politisch nicht umsonst gewählt.“ Zum vorläufigen Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz sagte er, die SPD denke, der Ankauf von CDs mit den Namen potenzieller Steuersünder sei populärer.

Hann. Müdens Bürgermeister Klaus Burhenne hatte zu Beginn des Parteitages Kritik am Bund geäußert, weil der Gesetze beschließen, mit deren Umsetzung die Kommunen Probleme hätten. „Den Letzten beißen die Hunde.“ Er forderte deshalb die Einrichtung einer Gemeindekammer. „Damit wir mitreden können.“ (zhp)

Foto: Niesen